



# Der Heilige Stuhl

---

## **ANSPRACHE VON JOHANNES PAUL II. BEIM NEUJAHRSEMPFANG FÜR DAS BEIM HL. STUHL AKKREDITIERTE DIPLOMATISCHE KORPS**

*Exzellenzen,*

*meine Damen und Herren!* 1. Von ganzem Herzen danke ich Ihnen für die Wünsche, die Sie mir durch Ihren Doyen, den Botschafter der Republik San Marino, Herrn Giovanni Galassi, zu Beginn dieses letzten Jahres vor dem Jahr 2000 übermittelt haben. Sie schließen sich den zahlreichen Zeichen herzlicher Verbundenheit an, die mir anlässlich meines 20. Pontifikatsjubiläums und zum neuen Jahr von den Verantwortlichen Ihrer jeweiligen Länder und von Ihren Landsleuten zugesandt worden sind. Allen möchte ich erneut meinen herzlichsten Dank aussprechen. Diese alljährliche Feier nimmt den Charakter eines Familientreffens an, und sie ist mir deshalb besonders lieb. In erster Linie weil – durch Ihre Personen – fast alle Nationen der Erde vertreten sind mit ihren Leistungen, ihren Hoffnungen, aber auch ihren Fragestellungen. Außerdem weil mir eine solche Begegnung die willkommene Gelegenheit bietet, Ihnen gegenüber die tiefempfundenen Wünsche in Worte zu fassen, die ich für Sie selbst, Ihre Familien und Ihre Mitbürger im Gebet zum Ausdruck bringe. Ich bitte Gott, jedem Gesundheit, Wohlergehen und Frieden zu gewähren. Sie wissen, daß Sie auf den Papst und seine Mitarbeiter zählen können, wenn es darum geht, die Anstrengungen eines jeden Landes für den geistigen, sittlichen und kulturellen Fortschritt oder auch für die Entfaltung von allem, was zum gutem Einvernehmen zwischen den Völkern in Gerechtigkeit und Frieden beitragen kann, zu unterstützen. 2. Die Familie der Nationen, die vor kurzem die weihnachtliche Freude geteilt und einmütig das Neue Jahr willkommen hieß, hat zweifellos manchen Grund zur Freude. In Europa denke ich dabei zunächst an Irland, wo die am vergangenen Karfreitag unterzeichnete Vereinbarung den Grundstein zum lang erwarteten Frieden gelegt hat; dieser Frieden sollte auf einem stabilen Sozialleben beruhen, das auf gegenseitigem Vertrauen und auf dem Prinzip der Rechtlichkeit für alle gründet. Ein weiterer Grund zur Genugtuung für uns alle ist der Friedensprozeß in Spanien, der es der Bevölkerung der Baskenregion zum ersten Mal ermöglicht, das Gespenst der blinden Gewalt in weiterer Entfernung zu sehen und ernstlich an einen Normalisierungsprozeß zu denken. Der Übergang zur einheitlichen Währung und die Erweiterung nach Osten werden Europa zweifellos die Chance bieten, immer mehr zu einer Schicksalsgemeinschaft zu werden, zu einer wahren »europäischen Gemeinschaft« – dies jedenfalls ist unser innigster Wunsch. Natürlich setzt dies voraus, daß die Nationen, die Europa bilden, ihre Geschichte mit einem gemeinsamen Projekt zu versöhnen wissen, damit alle sich als

gleichberechtigte Partner betrachten können, denen es nur um das gemeinsame Wohl geht. Die geistlichen Familien, die so viel zu der Zivilisation dieses Kontinents beigetragen haben – ich denke besonders an das Christentum –, haben eine Aufgabe, die meiner Ansicht nach immer entscheidender wird. Angesichts der sozialen Probleme, die große Teile der Bevölkerung in Armut leben lassen, angesichts der sozialen Ungerechtigkeiten, die eine Ursache chronischer Instabilität sind, und angesichts einer jungen Generation, die Orientierung sucht in einer oft zerrissenen Welt, ist es wichtig, daß die Kirchen die zärtliche Liebe Gottes verkünden können und den Appell zur Brüderlichkeit, den das jüngste Weihnachtsfest der ganzen Menschheit erneut vor Augen gestellt hat. Ein weiterer Grund zur Freude, auf den ich Sie, meine Damen und Herren, aufmerksam machen möchte, betrifft den amerikanischen Kontinent: Es handelt sich um die Einigung zwischen Ecuador und Peru, die am vergangenen 26. Oktober in Brasilia erreicht wurde. Dank der beharrlichen Tätigkeit der internationalen Gemeinschaft – darunter vor allem der Garantenländer – haben zwei Brudervölker den Mut gehabt, auf Gewalt zu verzichten, einen Kompromiß zu akzeptieren und ihre Auseinandersetzungen friedlich beizulegen. Auf dieses Vorbild müssen viele andere Nationen verwiesen werden, die immer noch in Spaltungen und Uneinigkeit verstrickt sind. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese beiden Völker – besonders wegen des christlichen Glaubens, der sie verbindet – die große Herausforderung der Brüderlichkeit und des Friedens aufnehmen und so einen leidvollen Abschnitt ihrer Geschichte, der sich im übrigen bis in die Geburtsstunde ihres Daseins als unabhängige Staaten zurückverfolgen läßt, hinter sich lassen können. An die Katholiken Ecuadors und Perus richte ich den dringenden und väterlichen Aufruf, sie mögen durch ihr Gebet und ihre Tätigkeit überzeugte Schöpfer der Versöhnung sein und auf diese Weise dazu beitragen, daß der Frieden der Verträge in das Herz aller Menschen einzudringen vermag. Freuen sollten wir uns auch über die Bemühungen des großen chinesischen Volkes. Es führt entschlossen einen Dialog, der die Bevölkerung auf beiden Seiten der Meerenge einbezieht. Die internationale Gemeinschaft – und insbesondere der HI. Stuhl – verfolgt diese glückliche Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit, in der Erwartung bedeutender Fortschritte, die zweifellos der gesamten Welt zugute kommen werden. 3. Aber die Kultur des Friedens ist von einer allgemeinen Verbreitung noch weit entfernt, wie verschiedene hartnäckige Spannungsherde beweisen. Unweit von uns lebt die Balkanregion weiterhin in einem Zustand großer Unbeständigkeit. In Bosnien-Herzegowina, wo die Auswirkungen des Krieges in den Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen immer noch spürbar sind, wo die Hälfte der Bevölkerung immer noch nicht in die Heimat zurückgekehrt ist und wo die sozialen Spannungen gefährlich weiterbestehen, kann man noch nicht von Normalisierung sprechen. Der Kosovo war auch in jüngster Zeit wieder Schauplatz von mörderischen Auseinandersetzungen aus sowohl ethnischen wie politischen Gründen, die einen sachlichen Dialog zwischen den Parteien und jede Art von wirtschaftlicher Entwicklung verhindert haben. Es muß alles getan werden, um Kosovaren und Serben dabei zu helfen, sich um einen Tisch zu versammeln, damit dem bewaffneten Mißtrauen, das lähmt und tötet, so bald wie möglich Abhilfe geschaffen wird. Albanien und Mazedonien würden als erste davon profitieren, da ja auf dem Balkan alle Länder voneinander abhängen. Mehrere weitere, große und kleine Länder Mittel- und Osteuropas sind ebenfalls politischer und sozialer Unbeständigkeit ausgesetzt, sie mühen sich ab auf dem Weg der Demokratisierung, und es gelingt ihnen nicht, in einer Marktwirtschaft zu leben, die jedem Menschen seinen rechtmäßigen Anteil an Wohlergehen und Wachstum zu geben vermag. Der Friedensprozeß im Nahen Osten ist weiterhin auf einem unebenen Weg, und er hat der Bevölkerung noch nicht jene Hoffnung und jene Stabilität gebracht, auf die sie ein Recht hat. Man kann die Menschen nicht unbegrenzt weiter in einem Zustand zwischen Krieg und Frieden festhalten, ohne dabei das Risiko einzugehen, daß Spannungen und Gewalt in bedrohlicher Weise zunehmen. Man kann vernünftigerweise auch nicht die Frage nach dem Status der Heiligen Stadt Jerusalem, auf die die Gläubigen der drei monotheistischen Religionen ihre Blicke richten, weiter vertagen. Die betroffenen Parteien sollten diese Probleme mit einem geschärften Sinn für ihre Verantwortung angehen. Die jüngste Krise im Irak hat wieder einmal gezeigt, daß der Krieg die Probleme

nicht löst. Er kompliziert sie und führt dazu, daß die Zivilbevölkerung die dramatischen Konsequenzen tragen muß. Nur aufrichtiger Dialog, echte Sorge um das Wohl der Menschen und Achtung der internationalen Ordnung können zu Lösungen führen, die dieser Gegend, wo sich die Wurzeln unserer religiösen Traditionen befinden, würdig sind. Wenn die Gewalt oft ansteckend ist, dann kann es auch der Frieden sein, und ich bin sicher, daß Stabilität im Nahen Osten wirksam dazu beitragen würde, vielen anderen Völkern wieder Hoffnung zu geben. Ich denke dabei beispielsweise an die gemarterten Völker in Algerien und auf der Insel Zypern, wo die Situation immer noch in einer Sackgasse steckt. Sri Lanka hat vor wenigen Monaten den fünfzigsten Jahrestag seiner Unabhängigkeit begangen; leider ist dieses Land aber heute noch von ethnischen Konflikten zerrissen; sie haben die Aufnahme sachlicher Verhandlungen gehemmt, die der einzige Weg zum Frieden sind. Afrika ist und bleibt ein gefährdeter Kontinent. Siebzehn der dreiundfünfzig Staaten, aus denen dieser Erdteil besteht, erleben inner- und zwischenstaatliche militärische Konflikte. Ich denke besonders an den Sudan, wo grausame Kämpfe von einem schrecklichen humanitären Drama begleitet sind, an Eritrea und Äthiopien, zwischen denen erneut Feindschaft ausgebrochen ist, und an Sierra Leone, dessen Bevölkerung noch einmal zum Opfer gnadenloser Auseinandersetzungen geworden ist. Auf diesem großen Erdteil zählt man bis zu acht Millionen Flüchtlinge und Ausgewiesene, die praktisch ihrem Schicksal überlassen sind. Die Länder der Region der Großen Seen haben die Wunden des ausschweifenden Ethnozentrismus immer noch nicht geheilt und sind zwischen Armut und Unsicherheit hin- und hergerissen; dies ist die Lage in Ruanda und Burundi, wo die Situation von einem Embargo noch weiter erschwert wird. Die Demokratische Republik Kongo ist noch weit davon entfernt, die Übergangsphase abzuschließen und sich jener Stabilität zu erfreuen, nach der sich die Bevölkerung zu Recht sehnt; das bezeugen die Massaker, die sich neulich in den allerersten Tagen des Jahres bei der Stadt Uvira ereignet haben. Angola ist noch immer auf der Suche nach einem Frieden, der unauffindbar scheint, und erlebt in diesen Tagen eine besorgniserregende Entwicklung, die auch die katholische Kirche nicht verschont hat. Die Nachrichten, die mich regelmäßig aus diesen leidgeprüften Gegenden erreichen, bestätigen meine Überzeugung, daß der Krieg immer Unmenschlichkeit nach sich zieht und daß der Frieden ohne jeden Zweifel die erste Bedingung der Menschenrechte ist. Allen diesen Völkern, die oft Hilferufe an mich richten, möchte ich sagen, daß ich an ihrer Seite stehe. Sie sollen auch wissen, daß der Hl. Stuhl keine Mühe scheut, damit ihre Leiden gemindert werden und damit – sowohl auf politischer als auch auf humanitärer Ebene – gerechte Lösungen auf die gegenwärtigen, ernstesten Probleme gefunden werden. Der Kultur des Friedens wirkt die Legitimierung und Verwendung von Waffen für politische Ziele entgegen. Die Atomversuche, die in letzter Zeit in Asien unternommen wurden, und die Vorstöße anderer Länder, die versteckt am Aufbau ihres Atomarsenals arbeiten, könnten im Laufe der Zeit zu einer Banalisierung der Nuklearwaffen und, demzufolge, zu einer Überbewaffnung führen, die die löblichen Bemühungen zugunsten des Friedens in wesentlichem Maße beeinträchtigen und so jede Politik der Konfliktvorbeugung vergeblich machen würde. Dazu kommt die Produktion von Waffen, die in ihrer Herstellung weniger kostenintensiv sind, wie z.B. Anti-Personen-Minen, die glücklicherweise durch das Abkommen von Ottawa im Dezember 1997 (das der Hl. Stuhl im vergangenen Jahr sofort ratifiziert hat) verboten worden sind, oder Kleinkaliberwaffen, die meiner Meinung nach eine verstärkte Aufmerksamkeit von seiten der politischen Verantwortungsträger erfordern, um ihre perverse Wirkung unter Kontrolle zu halten. Die regionalen Konflikte, bei denen oft Kinder als bewaffnete Kämpfer angeworben, indoktriniert und zum Töten angestachelt werden, rufen zu einer ernsthaften Gewissenserforschung und zu einer wirklichen Absprache auf. Schließlich darf man die Gefahren, denen der Frieden aufgrund von sozialer Ungleichheit und künstlichem Wirtschaftswachstum ausgesetzt ist, nicht unterschätzen. Die Finanzkrise, die Asien erschüttert hat, ist ein Zeichen dafür, wie sehr die wirtschaftliche Sicherheit der politischen und militärischen Sicherheit ähnelt, denn auch sie erfordert Transparenz, Absprache und Achtung gewisser ethischer Bezugspunkte. 4. Angesichts dieser Probleme, die Ihnen, meine Damen und Herren, geläufig sind, möchte ich Ihnen eine meiner innersten Überzeugungen mitteilen: In

diesem letzten Jahr vor dem Jahr 2000 drängt sich ein Aufrütteln des Gewissens. Noch nie hatten die Akteure der internationalen Gemeinschaft ein Gesamtwerk von solch präzisen und vollständigen Normen und Konventionen zur Verfügung wie heute. Was fehlt, ist der Wille, sie zu respektieren und sie anzuwenden. Ich sagte dies schon in meiner Ansprache zum 1. Januar, als ich von den Menschenrechten sprach: »Wenn man tatenlos der Verletzung eines der menschlichen Grundrechte zusieht, geraten alle anderen in Gefahr« (Nr. 12). Dieser Grundsatz sollte meiner Ansicht nach auf alle Rechtsnormen angewandt werden. Das internationale Recht kann nicht das Recht des Stärkeren und auch nicht lediglich das Recht einer Mehrheit von Staaten sein noch das Recht einer internationalen Organisation. Vielmehr muß es das sein, was den Prinzipien des Naturrechts und des Moralgesetzes entspricht, die stets für alle betroffenen Parteien und in den unterschiedlichen Streitfragen bindend sind. Die katholische Kirche, wie auch die Gemeinschaft der Gläubigen im allgemeinen, wird immer an der Seite derer stehen, die sich bemühen, das Recht als höchstes Gut gegenüber jeder anderen Überlegung durchzusetzen. Es ist außerdem nötig, daß die Gläubigen gehört werden und am öffentlichen Dialog in den Gesellschaften, deren vollberechtigte Mitglieder sie sind, teilhaben. Das bringt mich dazu, meine schmerzliche Sorge angesichts der allzu zahlreichen Verletzungen der Religionsfreiheit in der heutigen Welt mit Ihnen, den qualifizierten Vertretern Ihrer jeweiligen Staaten, zu teilen. So haben beispielsweise in jüngster Zeit diverse dramatische Gewalthandlungen in Asien die katholische Gemeinschaft auf eine harte Probe gestellt: Kirchen wurden zerstört, kirchliches Personal zusammengeschlagen, manchmal sogar umgebracht. Weitere bedauerliche Tatsachen wären auch aus mehreren Ländern Afrikas zu berichten. In anderen Gegenden, wo der Islam mehrheitlich ist, sind immer noch schwerwiegende Diskriminierungen gegenüber den Gläubigen anderer Religionsgemeinschaften zu beklagen. Es gibt sogar ein Land, wo die christliche Religion vollkommen verboten und der Besitz einer Bibel ein Vergehen ist, das vom Gesetz geahndet wird. Diese Sachlage ist deshalb umso schmerzlicher, weil in vielen Fällen die Christen in bedeutendem Maße zur Entfaltung dieser Länder beigetragen haben, vor allem in den Bereichen der Erziehung und des Gesundheitswesens. In manchen Ländern Westeuropas ist eine ebenso beunruhigende Entwicklung festzustellen, wenn nämlich – bedingt von einer verkehrten Auffassung des Prinzips der Trennung zwischen Staat und Kirchen oder von einem hartnäckigen Agnostizismus – die Kirchen auf das Gebiet der Religionsausübung beschränkt sein sollen und ein öffentliches Wort ihrerseits nur widerwillig akzeptiert wird. Schließlich tun sich manche Länder Mittel- und Osteuropas sehr schwer damit, den religiösen Pluralismus anzuerkennen, der demokratischen Gesellschaftssystemen eigen ist, und sie bemühen sich eher darum, die Gewissens- und Religionsfreiheit, die in ihren Verfassungen feierlich verkündet wird, durch eine limitative und kleinliche Verwaltungspraxis einzuschränken. Wenn ich an die Religionsverfolgungen in der nahen und fernen Vergangenheit zurückdenke, meine ich, daß zum Ende dieses Jahrhunderts der Zeitpunkt gekommen ist, dafür zu sorgen, daß überall auf der Welt die nötigen Bedingungen für eine tatsächliche Religionsfreiheit gesichert werden. Das erfordert einerseits, daß jeder Gläubige im anderen ein wenig von der universalen Liebe Gottes zu seinen Geschöpfen zu erkennen vermag, und andererseits, daß auch die öffentlichen Behörden, die kraft ihres Amtes in einem allgemeinen Rahmen denken, die religiöse Dimension ihrer Mitbürger mit ihrem unumgänglichen gemeinschaftlichen Ausdruck aufzunehmen wissen. Um das zu bewerkstelligen, haben wir nicht nur die Lehren der Geschichte, sondern auch wertvolle rechtliche Instrumente zur Hand, die nur auf ihre Umsetzung warten. In einem gewissen Sinne hängt die Zukunft der Gesellschaften von dieser unausweichlichen Beziehung zwischen Gott und Staat ab, denn, wie ich schon bei meinem Besuch im Sitz des Europaparlaments am 11. Oktober 1988 sagte: »Dort, wo der Mensch sich nicht mehr auf eine Größe stützt, die ihn transzendiert, läuft er Gefahr, sich der hemmungslosen Macht von Willkür und Pseudo-Absolutem auszuliefern, die ihn zerstören« (Nr. 10). 5. Dies sind einige der Gedanken, die mir in das Herz und in den Sinn kommen, wenn ich die Welt dieses ausgehenden Jahrhunderts betrachte. Wenn Gott seinen Sohn zu uns gesandt und dadurch ein so großes Interesse an den Menschen bekundet hat, dann müssen wir alles tun, um einer solch großen

Liebe zu entsprechen! Er, der universale Vater, hat mit jedem von uns einen Bund geschlossen, den nichts zerstören kann. Indem er uns sagt und uns beweist, daß er uns liebt, schenkt er uns gleichzeitig die Hoffnung auf ein Leben in Frieden; und es trifft ja zu, daß nur ein Mensch, der geliebt wird, auch seinerseits lieben kann. Es ist gut, daß alle Menschen diese Liebe entdecken, die ihnen vorausgeht und die auf sie wartet. Das ist mein innigster Wunsch für jeden von Ihnen und für alle Völker der Welt! © Copyright 1999 - Libreria Editrice Vaticana

---

Copyright © Dicastero per la Comunicazione - Libreria Editrice Vaticana